

Interessante Zeiten für den Datenschutz in der EU *

Peter Hustinx

Europäischer Datenschutzbeauftragter

In den vergangenen Monaten gab es keinen Mangel an Nachrichten für Juristen, die sich für den Datenschutz in der EU interessieren. Im Mittelpunkt des Interesses steht ohne Zweifel die Überprüfung des Rechtsrahmens der EU für den Datenschutz, einschließlich eines Kommissionsvorschlags für eine Verordnung zur Ersetzung der Richtlinie 95/46/EG und mit unmittelbarer Geltung in allen Mitgliedstaaten. Allerdings haben auch andere einschlägige Themen einen Teil der Aufmerksamkeit beansprucht.

Der Kommissionsvorschlag, der in dieser Ausgabe erörtert wird, verfolgt drei Ziele. Als Allererstes soll er den gegenwärtigen Rechtsrahmen der EU zum Datenschutz auf den neuesten Stand bringen und verstärken. Die derzeit geltende Richtlinie wurde zu einer Zeit angenommen, als das Internet von seiner heutigen hohen Dynamik noch weit entfernt war. Dies bedeutet, dass die vorhandenen Mechanismen zum Schutz der Rechte und Freiheiten der EU-Bürger nicht nur modernisiert, sondern auch erheblich verstärkt werden müssen, um einen wirksameren Schutz im Hinblick auf die aktuellen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts zu bieten.

Ein zweites wichtiges Ziel ist eine höhere Kohärenz des EU-Datenschutzrechts aller Mitgliedstaaten. Die derzeit geltende Richtlinie hat – trotz ihres Ziels einer stärkeren Harmonisierung einzelstaatlicher Rechtsvorschriften – zu vielen, teilweise sehr unterschiedlichen nationalen Ausprägungen der gleichen Rechte und Pflichten geführt. Dies zeigt sich nicht nur in unnötigen Kosten für private oder öffentliche grenzüberschreitende Tätigkeiten, sondern auch in einem Verlust an Wirksamkeit des Schutzes von Bürgern, die immer öfter Landesgrenzen überschreiten. Um eine stärkere Kohärenz in der gesamten EU sicherzustellen, muss der Schwerpunkt mehr auf ein gemeinsames Ergebnis auf ausreichend hoher Ebene gelegt werden.

* Editorial in *L'Observateur de Bruxelles*, nr. 93, Juli 2013, S. 5-6

Ein drittes Ziel der Kommission war es, einen stärker horizontal ausgerichteten Ansatz beim Datenschutz in allen EU-Politikbereichen zu gewährleisten. Der Vertrag von Lissabon hat eine horizontale Rechtsgrundlage für einen wirksameren Schutz in all diesen Bereichen, einschließlich der Verfolgung von Straftaten, geschaffen. Hier sind die aktuellen Vorschläge weniger umfangreich, als sie hätten sein können und sollen. Gleichwohl kann die Überprüfung auch als mehrstufiger Prozess angesehen werden. Die Verordnung wird wahrscheinlich das erste Ergebnis sein, weitere sollten aber bald folgen, einschließlich derjenigen bei der Verfolgung von Straftaten.

Das Europäische Parlament und der Rat erarbeiten gerade ihre zwischenzeitlichen Positionen zum Vorschlag. Während des irischen Ratsvorsitzes hat der Rat große Fortschritte gemacht und wird in Kürze mit dem Parlament an einem gemeinsamen Text arbeiten. Läge ein solcher Text bis Anfang nächsten Jahres vor, könnte ein Großteil der Reform bis zum Frühjahr 2014, d. h. vor dem Ende der laufenden Legislaturperiode, verabschiedet werden.

Dies ist in der Tat von herausragender Bedeutung. Gleichwohl war die Lobbyarbeit von Organisationen innerhalb und außerhalb Europas außergewöhnlich. Nach der Vorstellung des EDSB-Jahresberichts 2012 habe ich daher den EU-Gesetzgeber dazu aufgerufen, Vorkehrungen gegen unangemessenen Druck von Industrie und Drittstaaten zur Absenkung des Schutzniveaus zu treffen und stattdessen die Gelegenheit zu nutzen, stärkeren und wirksameren Schutz natürlicher Personen in der EU zu gewährleisten.

Weitere wichtige Problemstellungen sind nun hinzugekommen. Zu Beginn dieses Jahres hat die EU eine Europäische Strategie für Computer- und Netzsicherheit eingeleitet, die auch Vorschläge für eine hohe gemeinsame Netz- und Informationssicherheit in der Union enthält. Meiner Ansicht nach muss eine glaubwürdige Strategie für Computer- und Netzsicherheit auf dem Schutz der Privatsphäre und des Vertrauens aufbauen. Der Schutz der Privatsphäre und der Datenschutz sollten daher als Leitmotive dienen. Die Computer- und Netzsicherheit sollte niemals ein Vorwand für eine unbegrenzte Überwachung natürlicher Personen sein.

Genau diese Vertrauensbasis wurde jedoch durch die jüngsten Nachrichten über großflächige Überwachungen in den USA aufs Spiel gesetzt. Dieses Thema hat zu großer Besorgnis Anlass gegeben und erfordert daher eine intensive Klärung und Erläuterung. Europäische Staats- und Regierungschefs haben darauf bestanden – und dies mit ungewöhnlich klaren Worten.

Inzwischen hat der Rat Verhandlungen über ein Handels- und Investitionsabkommen zwischen der EU und den USA zugestimmt, mit dem Arbeitsplätze geschaffen und die Volkswirtschaften auf beiden Seiten des Atlantiks gestärkt werden. Die Europäische Kommission hat darauf bestanden, dass EU-Standards für Verbraucher-, Umwelt- und Gesundheitsschutz, einschließlich des Schutzes der Privatsphäre und Datenschutz, nicht beeinträchtigt werden.

Mit anderen Worten: Es gibt noch viel zu tun, aber wir sollten uns weiterhin auf das Wichtigste konzentrieren. Zwar sollten alle Themen angegangen werden, doch sollten wir nicht die Orientierung verlieren oder uns von einem realistischen Ziel ablenken lassen: einem wesentlich stärkeren EU-Rechtsrahmen für den Datenschutz. Die meisten Voraussetzungen dafür sind bereits erfüllt; jetzt geht es darum, Mut und Ehrgeiz für die richtigen Entscheidungen aufzubringen.